

Wirtschaftspolitische Informationen 1/03

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – Januar 2003
<http://www.verdi.de/wirtschaftspolitik>



Steuerausfälle ohne Ende

Die selbstverschuldete Finanzkrise des Staates

Die Steuerschätzung vom November 2002	3
Absturz der Steuereinnahmen.....	4
Geplante und ungeplante Mindereinnahmen	5
Einbruch der Unternehmens- und Gewinnsteuern	6
Unternehmenssteuersenkung verschärfte die Krise	7
Halbherzige Reformbemühungen	8
Anhang.....	10

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.
Bundesvorstand
Ressort 2
Potsdamer Platz 10
10785 Berlin

Verantwortlich:
Margret Mönig-Raane

Bearbeitung:
Bereich Wirtschaftspolitik
Michael Schlecht (Bereichsleiter)
Ralf Krämer
Dr. Sabine Reiner
Dr. Norbert Reuter
Anita Weber

Kontakt:
wirtschaftspolitik@verdi.de

www.verdi.de/wirtschaftspolitik

Januar 2003

Die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte ist zum beherrschenden Thema der öffentlichen Debatte in den letzten Wochen geworden. Die Steuerschätzung vom November 2002 prognostiziert erneut gravierende Steuerausfälle gegenüber den bisherigen Annahmen, auf denen die Haushaltspläne in Bund, Ländern und Gemeinden aufgebaut waren.

In den Medien wird dagegen in immer neuen Varianten der Eindruck erweckt, der Staat sauge die Bürgerinnen und Bürger in immer brutalerer Weise geradezu aus, nehme ihnen das letzte Hemd. Angeblich leben der Staat oder sogar „wir“ über unsere Verhältnisse, die Ausgaben stiegen immer mehr, so gehe es nicht weiter.

Dabei wird systematisch eine entscheidende Tatsache totgeschwiegen: Das Problem besteht nicht darin, dass der Staat immer mehr ausgibt und „uns allen“ zu viel Geld abnimmt, sondern dass sehr zahlungsfähige Gruppen viel zu wenig oder gar nichts mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Die Finanzkrise des Staates ist nicht durch übermäßig gestiegene Ausgaben, sondern ausschließlich durch Einnahmeausfälle verursacht.

Die Steuerschätzung vom November 2002

Ergebnis AK Steuerschätzung Nov. 2002	Tabelle 1: Gesamtübersicht			
	2000	2001	2002	2003
Steuern insgesamt (Mio €) <i>vH gegenüber Vorjahr</i>	467.252,1 3,1	446.247,6 -4,5	439.434 -1,5	458.513 4,3
BIP, nominal (Mrd. €) <i>vH gegenüber Vorjahr</i>	2.030,0 2,6	2.071,2 2,0	2.115,4 2,1	2.184,3 3,3
Volkswirtschaftl. Steuerquote	23,02	21,55	20,77	20,99
<i>Verteilung der Steuereinnahmen</i>				
Bund (Mio €) <i>vH gegenüber Vorjahr</i>	198.790,4 3,3	193.766,5 -2,5	190.689 -1,6	199.579 4,7
Länder (Mio €) <i>vH gegenüber Vorjahr</i>	189.492,7 3,0	178.690 -5,7	178.317 -0,2	185.141 3,8
Gemeinden (Mio €) <i>vH gegenüber Vorjahr</i>	57.136,2 1,4	54.059,3 -5,4	51.828 -4,1	52.543 1,4
EU (Mio €) <i>vH gegenüber Vorjahr</i>	21.832,8 7,6	19.731,4 -9,6	18.600 -5,7	21.250 14,2
2000/2001 = Ist-Ergebnis; 2002-2003= Schätzung Länder ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten; nach Finanzausgleich u. Ergänzungszuweisungen Lohn-/veranl. Einkommensteuer: Bund/Länder/Gemeinden = 42,5 vH/42,5 vH/15 vH KSt/n.v.St.v.Ertrag : Bund/Länder = 50,0 vH/50,0 vH Zinsabschlag : Bund/Länder/Gemeinden = 44,0 vH/44,0 vH/12 vH Steuern vom Umsatz ab 1999 : Bund vorab: = 5,63 vH; vom Rest: Gemeinden = vorab 2,2 vH; vom verbleibenden Rest: 2000 u. 2001: Bund/Länder = 50,25 vH/49,75 vH ab 2002: Bund/Länder = 49,6 vH/50,4 vH				

Absturz der Steuereinnahmen

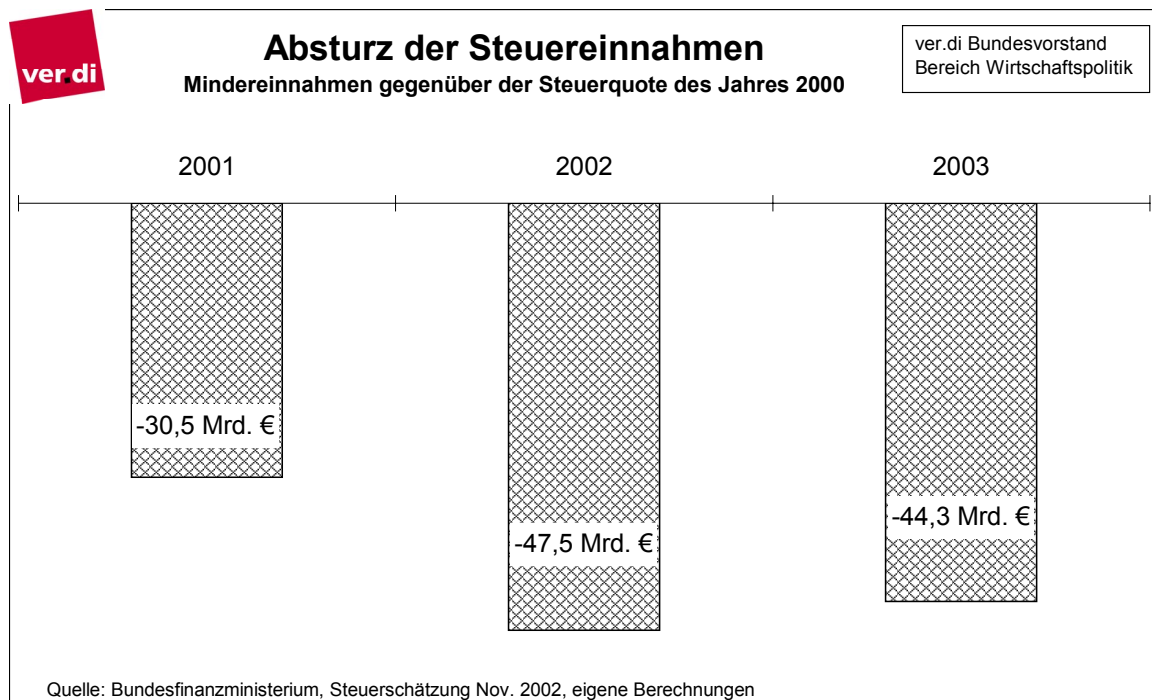
Die Steuerschätzung vom November 2002 blieb zum wiederholten Mal massiv hinter den bisherigen Annahmen zurück. Sie zeigt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik einen absoluten Rückgang der Steuereinnahmen in zwei aufeinander folgenden Jahren. Im Jahr 2000 waren es noch 467 Milliarden Euro, 2001 dann 21 Milliarden Euro weniger. 2002 werden es voraussichtlich noch einmal 7 Milliarden Euro weniger sein.

Dabei sind die Gemeinden am stärksten betroffen, der Bund hat noch die geringsten Ausfälle hinzunehmen. Die Steuereinnahmen des Bundes werden 2002 4,1 Prozent niedriger sein als in 2000, in 2003 sollen sie 0,3 Prozent darüber liegen. Die der Ländern liegen dieses Jahr 5,9 Prozent und 2003 nach der Schätzung immer noch 2,3 Prozent niedriger als 2000. Die Steuereinnahmen der Kommunen sind um insgesamt 9,3 Prozent gefallen und sollen auch in 2003 noch 8,0 Prozent geringer sein als 2000.

Gleichzeitig sind jedoch – wenn auch gering – sowohl die Preise als auch die gesamte Wirtschaftsleistung und die Einkommen weiter gestiegen. Folglich müssten die Steuereinnahmen ebenfalls steigen.

Der Anteil der Steuereinnahmen an der gesamten Wirtschaftsleistung, ausgedrückt in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ist die volkswirtschaftliche Steuerquote. Diese Steuerquote ist in den letzten 2 Jahren um über zwei Prozentpunkte abgesackt. Auch das ist ein bisher einmaliger Vorgang.

Die Dramatik dieser Entwicklung wird durch folgende Überlegung deutlich: Wenn die gesamtwirtschaftliche Steuerquote auf dem Stand des Jahres 2000 geblieben wäre,



hätte der Staat 2001 und 2002 insgesamt 78 Milliarden Euro mehr eingenommen. Im Jahr 2003 würden es wieder fast 45 Milliarden Euro sein.

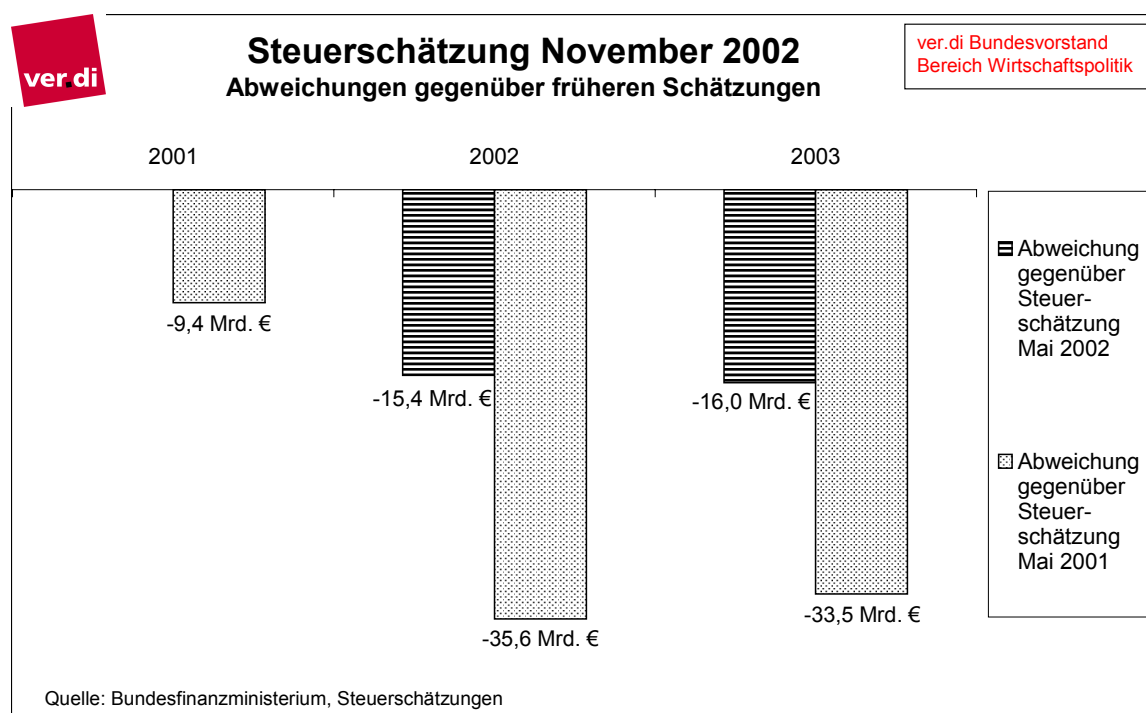
Ohne diese Einnahmeausfälle wäre die Einhaltung der europäischen Verschuldungsgrenze von 3 Prozent gesamtstaatliches Defizit am Bruttoinlandsprodukt für Deutschland kein Problem. Die Defizitquote der öffentlichen Haushalte hätte im Jahr 2001 1,2 Prozent betragen statt 2,8 Prozent, in 2002 1,6 Prozent statt 3,7 Prozent, in 2003 schätzungsweise 1,6 Prozent statt 3,3 Prozent.

Geplante und ungeplante Mindereinnahmen

Wie ist so etwas möglich, wo doch Hans Eichel seit Jahren erklärt, der Abbau der Staatsverschuldung und die Einhaltung der Defizitgrenzen sei das vorrangige Ziel seiner Finanzpolitik? Tatsächlich sind die Steuerausfälle zum Teil ungeplant eingetreten, zum Teil sind sie aber auch absichtlich herbeigeführt worden. So war schon im Deutschen Stabilitätsprogramm vom Oktober 2000 ein starker Rückgang der volkswirtschaftlichen Steuerquote 2001 um 1,5 Prozent in Folge der Steuerreform vorgesehen. Und auch für den Teil der Mindereinnahmen, der nicht eingeplant war, trägt die Finanzpolitik einen Großteil Verantwortung, soweit es sich um Folgen der Unternehmensteuerreform handelt.

In welchem Maße die Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, lässt sich an der Abweichung der Steuerschätzung vom November 2002 von den Schätzungen im Mai 2001 und im Mai 2002 zeigen.

Die ungeplanten Mindereinnahmen in 2002 und 2003 betragen jeweils etwa 35 Milliarden Euro gegenüber den Schätzungen von 2001 und noch gut 15 Milliarden



Euro gegenüber der Schätzung aus dem Mai 2002. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass durch die Verschiebung der nächsten Stufe der Steuerreform von 2003 auf 2004 im Zuge des Flutopfersolidaritätsgesetzes Mehreinnahmen von über 6 Milliarden Euro erwartet werden. Ohne die Hochwasserkatastrophe wären die Steuerausfälle in 2003 also noch 6 Milliarden Euro höher ausgefallen.

Diese ungeplanten Steuerausfälle sind zum Teil auf die Rezession zurückzuführen, zum anderen Teil auf unvorhergesehene Auswirkungen der Steuerreform und den immer größeren Erfolg der Bemühungen insbesondere großer und international tätiger Unternehmen, durch Ausnutzung diverser steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten Steuern zu vermeiden. In vielen Fällen und bei der Körperschaftsteuer sogar in der Gesamtsumme hat dies dazu geführt, dass die Unternehmen gar keine Gewinnsteuern mehr zahlen und sogar früher gezahlte Steuern zurück erstattet bekommen.¹

Ohne die weitgehend selbst verschuldeten Steuerausfälle wäre die Einhaltung der Verschuldungsgrenzen in allen Jahren ohne weitere Kürzungen möglich gewesen. Es hätte noch Spielraum für Mehrausgaben von etwa 30 Milliarden Euro pro Jahr bestanden.

Einbruch der Unternehmens- und Gewinnsteuern

Die heftigsten Einbrüche der Einnahmen gab es bei den Unternehmenssteuern. Nicht nur ist die Körperschaftsteuer in 2001 und 2002 völlig zusammengebrochen, auch die Gewerbesteuer liegt um mehr als 16 Prozent unter den Einnahmen von 2000. Die Unternehmensverbände weisen gern darauf hin, dass der Rückgang der Körperschaftsteuer kompensiert worden sei durch einen Anstieg der Kapitalertragsteuer, die die Empfänger ausgeschütteter Gewinne zahlen mussten. Aber auch wenn man dies berücksichtigt und die Summe von Körperschaft-, Kapitalertrag- und Gewerbesteuer betrachtet, zeigt sich im Vergleich von 2002 gegenüber 2000 ein massiver Rückgang um 27 Milliarden Euro. Zusätzlich sank die auf Gewinn- und Vermögenseinkünfte erhobene veranlagte Einkommensteuer.

Der absolute Rückgang der Steuereinnahmen 2002 um 28 Milliarden Euro gegenüber 2000 kann komplett auf den Einbruch der Unternehmens- und Gewinnsteuern zurückgeführt werden.

Der Finanzminister behauptet, der Ausfall der Körperschaftsteuereinnahmen hätte nichts mit der Steuerreform zu tun, sondern ihre Ursache in der schlechten Gewinnentwicklung der Jahre 2000 und 2001. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung weist aber für diese Jahre keineswegs einen starken Gewinneinbruch aus, sondern lediglich eine Stagnation nach Jahren starken Gewinnwachstums. In früheren

¹ Wir haben darauf bereits in mehreren Wirtschaftspolitischen Informationen hingewiesen, s. www.verdi.de/wirtschaftspolitik. Vgl. auch die neue Website www.verdi.de/steuergerechtigkeit.

Rezessionsphasen sind die Unternehmenssteuern nur wesentlich weniger als jetzt zurückgegangen, obwohl die Gewinnentwicklung deutlich schlechter war.

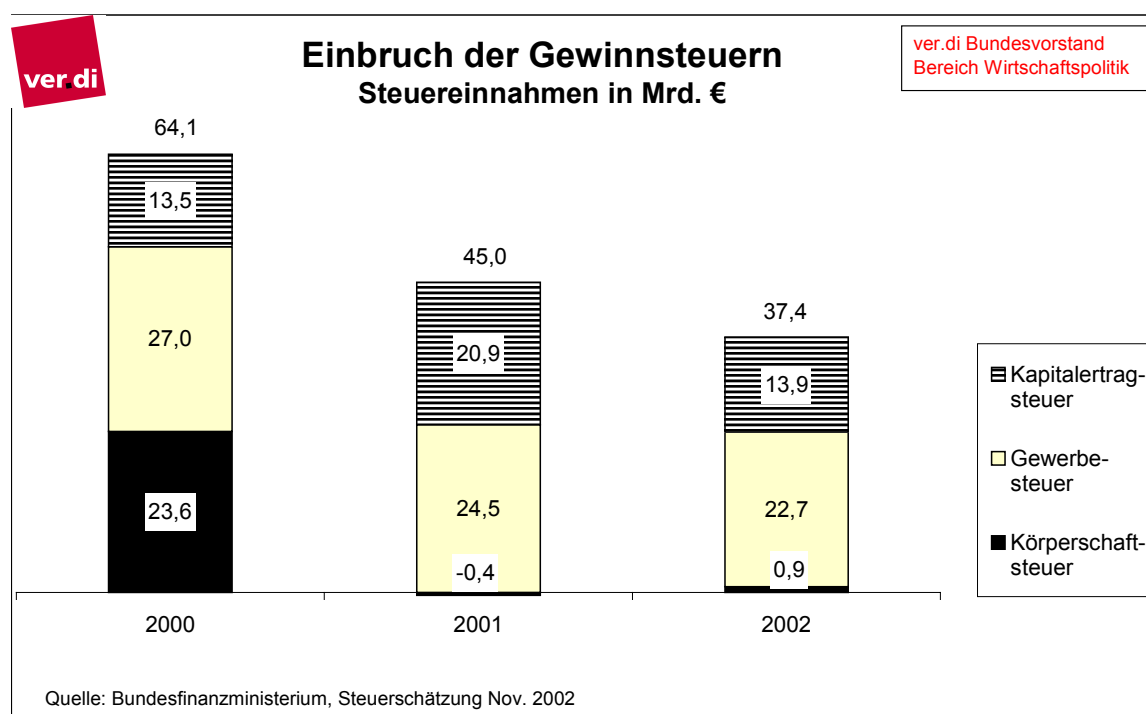
Die Steuereinbrüche sind also nicht durch einen Zusammenbruch der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Unternehmen zu erklären, sondern durch die verstärkte Umgehung und die Senkung der Unternehmenssteuern. Das Problem besteht darin, dass die in den Steuerbilanzen letztlich ausgewiesenen Gewinne die reale ökonomische und damit steuerliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur zu einem immer kleineren Teil und verzerrt wiedergeben.

Unternehmenssteuersenkung verschärfte die Krise

Ein großer Teil der Steuerausfälle war im Zuge der Steuerreform 2000 politisch gewollt und eingeplant. Bereits die Steuerschätzung vom Mai 2001 ging für die Zukunft von dauerhaft etwa 8 Milliarden Euro im Jahr niedrigeren Körperschaftsteuereinnahmen aus. Die Unternehmenssteuern sollten gesenkt werden, um damit die deutschen Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen und ihre Investitionen und das Wachstum zu steigern.

Wir schätzen alleine die durch die Unternehmenssteuerreform bedingten Steuerausfälle in 2001 und 2002 auf zusammen 30 Milliarden Euro. Dazu kommen seit 1997 zusammen mindestens 50 Milliarden Euro durch den Verzicht auf die Erhebung einer verfassungsgemäßen Vermögensteuer.

Dieser Politik lag die grundlegend falsche These zugrunde, die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft sei durch zu geringe Gewinne und zu hohe Steuer- und Abgabenbelastungen in Deutschland bedingt. Dieser neoliberale Glaubenssatz wird



seit Jahren von den Unternehmensverbänden und der herrschenden Lehre der Wirtschaftswissenschaft wiederholt und ist auch von der rot-grünen Koalition aufgegriffen worden.

Funktioniert hat das Rezept nicht: die Jahre der massivsten Unternehmenssteuersenkung der bundesdeutschen Geschichte waren zugleich Jahre der Rezession mit einem Rückgang der Investitionen um jeweils mehr als 5 Prozent. Das war nicht vor allem durch die Schwäche der Weltwirtschaft bedingt, sondern durch die Schwäche der Binnennachfrage. Diese ist seit vielen Jahren die Achillesferse der deutschen Wirtschaft. Die Steigerung der Binnennachfrage ist auch die Hauptbedingung für die Steigerung der Unternehmensinvestitionen.

Die Unternehmenssteuersenkung hat aber das Gegenteil erreicht: Der Staat hat aufgrund der massiven Steuerausfälle verschärft seine Ausgaben und die Sozialtransfers gekürzt und damit die Binnennachfrage weiter eingeschnürt. Bei den Unternehmen versickerte das Geld aus den eingesparten Steuern in Finanzanlagen. Trotz reichlich vorhandener Finanzierungsmittel lohnten zusätzliche Investitionen nicht, weil schon die vorhandenen Anlagen aufgrund unzureichender Nachfrage nicht ausgelastet waren. Die Krise wurde verschärft.

Nicht nur für die Sicherung des Sozialstaats und mehr Steuergerechtigkeit, sondern auch für mehr Wachstum und Beschäftigung brauchen wir einen Kurswechsel der Finanzpolitik.

Halbherzige Reformbemühungen

Für 2003 erwartet die Steuerschätzung einen Anstieg der Steuereinnahmen um 19 Milliarden Euro. Sie blieben damit immer noch 9 Milliarden Euro unter den Einnahmen von 2000. Dabei ist wahrscheinlich, dass die aktuelle Schätzung noch zu optimistisch ist. Sie geht wie das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute im Oktober 2002 von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von nominal 2,1 Prozent in 2002 und 3,3 Prozent in 2003 (real 0,4 Prozent und 1,4 Prozent) aus. Das im November erschienene Gutachten des Sachverständigenrats geht von nur 1,8 Prozent und 2,5 Prozent nominalem Wachstum aus (real 0,2 Prozent und 1,0 Prozent). Das macht für 2003 ein um ca. 25 Milliarden Euro geringeres Bruttoinlandsprodukt aus und damit weitere 5 Milliarden Euro Steuereinnahmen weniger. Die neueste im Januar 2003 veröffentlichte Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung geht mit nur 0,6 Prozent für 2003 sogar von einem noch geringeren Wachstum aus.

Der Finanzminister betont, dass bereits für 2003 deutlich steigende Körperschaftsteuereinnahmen erwartet würden. Konkret werden 6,6 Milliarden Euro geschätzt. Das ist nur ein Bruchteil der Einnahmen von knapp 24 Milliarden Euro in 2000 – und die Schätzung ist noch längst nicht die Realität. Die Gewerbesteuer wird nach den Schätzungen auch 2003 auf dem Niedrigniveau von 2002 bleiben, mit entsprechend katastrophalen Auswirkungen auf die Finanzlage der Kommunen.

Vor diesem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, dass die Koalition mit dem „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ eine Reihe von Maßnahmen ergreifen will, die zu einem Abbau von Steuervermeidungsmöglichkeiten und einer vollständigeren Besteuerung der tatsächlich anfallenden Gewinne führen soll. Die Mehreinnahmen sollen von etwa 3,5 Milliarden Euro in 2003 auf knapp 17 Mrd. Euro in 2006 ansteigen. Etwa die Hälfte davon soll den Unternehmensbereich treffen. Diese Mehreinnahmen sind in der Steuerschätzung noch nicht berücksichtigt. Sie sind aber auch noch längst nicht beschlossen, da das Gesetz durch den Bundesrat muss. Schon im Vorfeld ist es der Unternehmerlobby gelungen, eine Reihe geplanter Maßnahmen wieder herauszukippen.

Der von Rot-Grün geplante Abbau von Steuervergünstigungen ist überwiegend zu begrüßen.² Er reicht aber nicht aus, um die öffentlichen Finanzen wieder auf solide Füße zu stellen, mehr Steuergerechtigkeit herbeizuführen und mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm wirksame Impulse für mehr Arbeitsplätze zu geben. Selbst wenn die geplanten Mehreinnahmen realisiert würden, wären die oben dargestellten Steuerausfälle noch längst nicht ausgeglichen. Die Einnahmen aus Gewinn- und Vermögenssteuern wären immer noch auf einem viel niedrigeren Niveau als in früheren Jahren und als die aus der Lohnsteuer. Außerdem wird 2005 ein neues Loch von etwa 6 Milliarden Euro gerissen, wenn wie geplant der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer von jetzt noch 48,5 Prozent auf dann 42 Prozent gesenkt wird.

Die steuerpolitischen Forderungen von ver.di³ und insbesondere die nach effektiverer Unternehmensbesteuerung und Einführung einer verfassungsgemäßen Vermögensteuer bleiben also aktuell.

² Zu einer differenzierten Bewertung s. unsere Wirtschaftspolitischen Informationen vom Dezember 2002 „Steuervampire? Auseinandersetzungen um die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung“.

³ S. die Broschüre „Staatsfinanzen stärken“, im Internet unter www.verdi.de/steuergerechtigkeit.

Anhang

Ergebnis AK Steuerschätzung Nov. 2002	Tabelle 2: Gemeinsch./Ldr.-u.Gde.-Steuern,			
	2000	2001	2002	2003
1. Gemeinsch. Steuern	333.253,0	309.752,3	301.910	316.195
1.1. (Mio €)				
Lohnsteuer	135.733,1	132.625,9	132.700	140.200
veranl. Einkommensteuer *)	12.224,7	8.771,4	7.580	5.500
nicht veranl. St.v. Ertrag	13.514,9	20.884,6	13.890	12.900
Zinsabschlag	7.334,2	8.961,0	8.490	8.595
Körperschaftsteuer	23.574,8	-425,6	850	6.600
Steuern vom Umsatz	140.871,3	138.935,1	138.400	142.400
dar: Umsatzsteuer	107.139,5	104.463,0	105.700	108.392
Einfuhrumsatzsteuer	33.731,7	34.472,1	32.700	34.008
1.2. (vH gegenüber Vorjahr)	3,6	-7,1	-2,5	4,7
Lohnsteuer	1,4	-2,3	0,1	5,7
veranl. Einkommensteuer	12,3	-28,2	-13,6	-27,4
nicht veranl. St.v. Ertrag	19,5	54,5	-33,5	-7,1
Zinsabschlag	21,3	22,2	-5,3	1,2
Körperschaftsteuer	5,4			
Steuern vom Umsatz	2,7	-1,4	-0,4	2,9
dar: Umsatzsteuer	-4,0	-2,5	1,2	2,5
Einfuhrumsatzsteuer	32,0	2,2	-5,1	4,0
2. Ländersteuern	18.443,2	19.628,2	18.621	18.881
2.1. (Mio €)				
Kraftfahrzeugsteuer	7.015,0	8.376,1	7.590	7.650
Vermögensteuer	433,2	290,5	230	150
Biersteuer	843,1	828,5	815	805
Grunderwerbsteuer	5.080,7	4.853,3	4.780	4.885
Erbschaftsteuer	2.981,6	3.068,7	3.040	3.192
Rennwett- u. Lotteriesteuer	1.801,2	1.917,7	1.870	1.903
Feuerschutz-/übr. St.	288,3	293,3	296	296
2.2. (vH gegenüber Vorjahr)	-5,7	6,4	-5,1	1,4
Kraftfahrzeugsteuer	-0,3	19,4	-9,4	0,8
Vermögensteuer	-19,3			
Biersteuer	-0,3	-1,7	-1,6	-1,2
Grunderwerbsteuer	-16,1	-4,5	-1,5	2,2
Erbschaftsteuer	-2,4	2,9	-0,9	5,0
Rennwett- u. Lotteriesteuer	4,6	6,5	-2,5	1,8
Feuerschutz-/übr. St.	-5,9	1,7	0,9	0,0
3. Gemeindesteuern	36.658,4	34.399,2	32.626	33.182
3.1. (Mio €)				
Gewerbsteuer	27.025,5	24.533,7	22.650	23.000
Grundsteuer A	332,8	336,1	350	350
Grundsteuer B	8.516,1	8.739,7	8.930	9.160
Grunderwerbsteuer	160,3	161,4	60	30
Übrige Gemeindesteuern	623,8	628,3	636	642
(sonst. Gemeindesteuern)	784,0	789,7	696	672
3.2. (vH gegenüber Vorjahr)	0,4	-6,2	-5,2	1,7
Gewerbsteuer	-0,1	-9,2	-7,7	1,5
Grundsteuer A	1,5	1,0	4,1	0,0
Grundsteuer B	2,5	2,6	2,2	2,6
Grunderwerbsteuer	-20,8	0,7	-62,8	-50,0
Übrige Gemeindesteuern	0,3	0,7	1,2	0,9
(sonst. Gemeindesteuern)	-4,9	0,7	-11,9	-3,4
*) nachrichtlich:				
veranl. Eink.st. vor Abzug von Verr.	40.519,4	38.247,8	38.295	37.595
- Erstattungen an Arbeitnehmer	-20.878,2	-20.616,8	-20.670	-20.955
- Eigenheimzulage	-6.860,9	-8.050,5	-9.170	-10.290
- Investitionszulagen	-555,6	-809,2	-875	-850
Kassenaufk veranl. Einkommenst.	12.224,7	8.771,4	7.580	5.500

Ergebnis AK Steuerschätzung Nov. 2002	Tabelle 3: Bundessteuern und Zölle			
	2000	2001	2002	2003
10. Bundessteuern	75.503,6	79.276,7	83.377	87.305
10.1. (Mio €)				
<i>Mineralölsteuer</i>	37.826,3	40.690,0	42.100	44.000
<i>Stromsteuer</i>	3.355,7	4.322,5	5.100	5.900
<i>Tabaksteuer</i>	11.442,9	12.071,9	13.350	14.200
<i>Branntweinsteuer</i>	2.150,8	2.142,6	2.140	2.100
<i>Versicherungsteuer</i>	7.243,2	7.427,4	8.250	8.400
<i>Kaffeesteuer</i>	1.086,8	1.038,8	1.050	1.050
<i>Schaumweinsteuer</i>	477,5	457,2	450	450
<i>Zwischenerzeugnissteuer</i>	34,2	31,0	30	30
<i>Solidaritätszuschlag</i>	11.841,2	11.068,6	10.900	11.170
<i>Pauschal.Eingangsabg.</i>	4,8	4,1	5	5
<i>übrige Bundessteuern</i>	40,2	22,6	2	0
10.2. (vH gegenüber Vorjahr)	4,5	5,0	5,2	4,7
<i>Mineralölsteuer</i>	3,8	7,6	3,5	4,5
<i>Stromsteuer</i>	84,8	28,8	18,0	15,7
<i>Tabaksteuer</i>	-1,8	5,5	10,6	6,4
<i>Branntweinsteuer</i>	-3,7	-0,4	-0,1	-1,9
<i>Versicherungsteuer</i>	1,8	2,5	11,1	1,8
<i>Kaffeesteuer</i>	-1,7	-4,4	1,1	0,0
<i>Schaumweinsteuer</i>	-12,4	-4,3	-1,6	0,0
<i>Zwischenerzeugnissteuer</i>	-1,2	-9,4	-3,2	0,0
<i>Solidaritätszuschlag</i>	5,1	-6,5	-1,5	2,5
nachrichtlich:				
Mineralölsteuer Heizöle (Mio €)	1.778,0	2.154,0	1.907	1.825
vH gegenüber Vorjahr	-0,9	21,1	-11,5	-4,3
Mineralölsteuer Erdgas (Mio €)	2.075,6	2.759,4	2.713	2.768
vH gegenüber Vorjahr	11,4	32,9	-1,7	2,0
11. Zölle (Mio €)	3.394,0	3.191,2	2.900	2.950
vH gegenüber Vorjahr	6,5	-6,0	-9,1	1,7